

Die Wanziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Befehlungen werden in der Expedition (Serbergasse 2) und auswärts bei allen königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
 Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reichenow, in Leipzig: Müg-  
 gen & Fort. S. Engler, in Hamburg: Hoffmann & Vogler, in Han-  
 surt a. M.: Zäger'sche, in Ebing: Neumann-Bartmanns Buchhdb.

# Danziger Zeitung.

**Lotterie.**

[Ziehung am 25. October.] Es fielen 122 Gew. zu 100									
Thlr. auf Nr.	9141	232	1546	2196	3427	4526	5517	5683	
5719	6655	7270	7630	10,658	11,172	12,728	14,287	14,770	
14,813	15,048	15,358	15,787	16,080	16,147	16,231	16,918		
19,645	19,768	20,246	21,883	21,947	23,179	23,655	24,236		
26,308	27,387	29,564	29,873	32,062	32,503	33,499	33,628		
33,914	34,220	34,243	35,231	35,914	36,005	36,070	36,702		
38,878	39,348	40,082	40,146	41,022	41,118	41,299			
41,800	42,071	42,429	42,819	43,155	43,401	44,352	48,334		
48,470	49,453	49,551	50,974	51,172	52,783	55,288	55,619		
57,804	59,051	60,698	61,162	62,948	63,026	63,986	64,195		
64,477	65,213	67,013	68,384	69,978	72,931	74,242	74,320		
74,484	75,053	75,204	76,916	77,008	77,063	77,392	77,675		
77,855	78,525	78,614	78,827	80,237	82,127	82,278	84,594		
84,729	84,816	85,269	85,978	86,198	86,243	87,107	87,821		
88,471	89,082	90,936	91,435	91,724	92,243	93,308	93,504		
94,328	94,832								

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 26. Decbr., 6 1/2 Uhr Abends.

Berlin, 26. Febr. Die „Prov.-Correspondenz“ sagt: Die Friedensverhandlungen nehmen günstigen Fortgang. Der Verzög in denselben ist nur durch unvermeidliche Erörterungen über Nebenpunkte und durch Formalitäten entstanden. Zwischen Preußen und Oesterreich besteht ununterbrochen das erfreulichste Einvernehmen. Das Friedens-Document hat den Theilnehmenden vorläufig bereits vorgelegen, es soll allseitig die schließliche Genehmigung zum Endabschluß ertheilt sein. Der Friedensabschluß ist täglich zu erwarten.

☞ Berlin, 23. October. Der zwischen Preußen und  
 Siam abgeschlossene Handelsvertrag ist jetzt hier im Originale  
 eingegangen. Der englische General-Consul in Banco  
 (Bancoascy), einem siamesischen Hafen, Hr. Schomburg, hat  
 bei seinem Besuche in Europa denselben hierher gebracht.  
 Die Ausstattung desselben ist ganz im orientalischen Ge-  
 schmacke und ganz in der Weise, wie derartige Actenstücke in  
 Asien ausgeschmückt werden. Der Vertrag selbst ist in siame-  
 sischer Sprache abgefaßt, ihm aber eine englische Uebersetzung  
 beigegeben. Unterzeichnet ist derselbe von dem ersten und  
 zweiten Könige, sowie von den Ministern. Am Kopfe des  
 Schriftstückes befindet sich das Staatsiegel, welches einen  
 Elephanten darstellt. Der Vertrag ist in blauem Sammet  
 eingebunden, die Deckel sind mit goldenen Bändern versehen,  
 um sie an denselben aufheben zu können. Der Vertrag be-  
 findet sich in einem Kasten, der mit Bändern und Goldfäden  
 umschlungen ist. Der Kasten ist in eine blausammetne mit  
 Gold eingefaßte Decke eingeschlagen. Das Ganze ist nun  
 schließlich von einem Beutel aus gelbseidenem Zeug mit roth-  
 seidenem Futter umschlossen.

— Dem Vernehmen nach ist dem Botschafter am kaiserl. französischen Hofe, Grafen v. d. Goltz, der Rothe Adlerorden 1. Kl. mit Eichenlaub verliehen worden.

— Die Neugestaltung der Artillerie ist jetzt nahezu beendet und wird auf dem Kriegsfuße 135 mobile Batterien mit 1080 Feldgeschützen, 72 Feldartillerie-Festungs-Compagnien aufstellen können. In Folge der Heeres-Organisation wird Preußen demnach in der Kriegsformation über 339,000 Mann Infanterie des stehenden Heeres verfügen können, wozu 241,000 Mann des ersten Aufgebots treten und noch 200,000 Mann des zweiten Aufgebots (der wehrhaften Männer bis 39 Jahre) hinzugezogen werden können, was im Ganzen eine Kriegsmacht von 780,000 Mann giebt. Auf dem Kriegsfuße sind 255 Feld- und 81 Ersatz-Bataillons, 224 Feld- und 56 Ersatz-Schwadronen, 9 Pionier- und 9 Train-Bataillons mit den Ersatz- und Ergänzungstruppen und die oben angegebene Artilleriemacht vorhanden.

— Ein Berliner Blatt brachte gestern einen Bericht über die Vorstellungen der französischen Gesellschaft im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, welcher folgenden Satz enthält: „Der Ausspruch Sr. Majestät des Königs, welcher bereits drei Aufführungen mit Seiner Allerhöchsten Gegenwart zu beehren geruhete, daß dies die beste Schauspiel-Gesellschaft sei, welche überhaupt je in Berlin gastirte, kann für die wissenschaftliche Erörterung der Kritik nur maßgebend sein.“

— Die „Voss. Btg.“ berichtet: „Gegen die Nichtbestätigung eines hiesigen Predigers hat der Magistrat beschloffen, sich bei der Königl. Regierung zu Potsdam zu beschweren, weil es sich bei der Wahl eines Predigers keineswegs um ein rein kirchliches Recht handle, die angezogenen gesetzlichen Bestimmungen vielmehr einen politisch-bürgerlichen Character trügen, und namentlich die Verfassungs-Urkunde die Angelegenheit durch die bürgerliche Gesetzgebung entschieden wissen wolle. Hiernach sei nicht das Königl. Consistorium, sondern die Königl. Regierung zur Entscheidung des Falls competent.“

— Neuerliche Bemühungen, dießseitige Unterthanen zum Auswandern nach Rußland zu verleiten, sind häufig mit der Vorpiegelung verbunden worden, als ob die russische Regierung für die Erfüllung der den Auswanderungslustigen gemachten Versprechungen irgend welche Gewähr übernehme. Aus dem nachfolgenden, auf erfolgte Anfrage Seitens der Königl. Gesandtschaft zu Petersburg ergangenen Antwortschreiben, welches der „B.-u. H.-B.“ zur Veröffentlichung zugesandt wird, erhellt das Gegentheil:

„In Folge Ihrer Eingabe zc. theilt die Königl. Gesandtschaft Ihnen hierdurch mit, daß von Garantien für deutsche

Einwanderer Seitens der kaiserlichen Regierung der königl. Gesandtschaft nicht das Geringste bekannt ist, und daß überhaupt von dergleichen Unternehmungen die königl. Gesandtschaft im Interesse ihrer Landsleute nur alles Ernstes warnen kann. Der königl. Geschäftsträger A. v. Magnus."

Byrig, 23. Oct. Auf die von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung wegen der Nichtbestätigung des Kaufmann Krause zum unbesoldeten Magistrats-Mitgliede eingereichte Beschwerde ist vom Oberpräsidenten der Bescheid gekommen, daß es bei der Nichtbestätigung schon aus dem Grunde bleiben müsse, weil die Stadtverordneten-Versammlung mit ihrer hiergegen erhobenen Beschwerde die im § 76 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 bestimmte vierwöchentliche Kellursfrist nicht inne gehalten hat. Im Uebrigen könne er sich (Oberpräsident) auch nicht bestimmt finden, die königliche Regierung zur Witterung der Gründe ihrer Entscheidung an die Stadtverordneten-Versammlung zu veranlassen.

— Professor Kaufmann aus Bonn ladet zu einem Vortrage ein, den er über ein von ihm erfundenes System, die Widerstandsfähigkeit der Festungen um mehr als das Vierfache zu verstärken, im Gürzenichsaale zu Pöln halten wird.

Hersford, 21. October. Heute wurde der Kaufmann E. Schübels und der Buchdruckermeister Heidemann vom Correctionsgerichte verurtheilt wegen eines Inserates, welches gegen den Rechtsanwalt Ehrlich im Kreisblatte abgedruckt war. Sch. erhielt eine Strafe von 15 Thlr. als Verfasser der des Inserats, H. eine Strafe von 10 Thlr. und außerdem Entziehung der Concession zur Buchdruckerei und Herausgabe von Zeitungen. Herr Heidemann war schon zwei Mal vorher wegen Preßvergehen verurtheilt.

Weimar, 26. October. Heute fand die vierte und letzte Sitzung der General-Versammlung der Schillerstiftung statt. Die Revision der Statuten wurde fortgesetzt und nachdem die Abstimmung über das Ganze der revidirten Statuten stattgefunden, wofür Danzig seine Stimme gegeben, geht die Versammlung zur Revision der Geschäftsordnung über und beschließt nun, über die Paragraphen zu berathen und zu bestimmen, welche die Stellung des Generalsecretairs betreffen. Der Brochhaus'sche Antrag wird abgelehnt, dagegen der von Fäbick gestellte einstimmig angenommen. Derselbe lautet: „Der Generalsecretair hat im Allgemeinen die Stellung eines sachkundigen Beirathes, ohne dessen vorhergegangene Begutachtung nur in Fällen der Gefahr im Verzuge eine Unterstützung von Seiten des Vorortes oder des Verwaltungsrathes bewilligt wird. Derselbe kann zu den Sitzungen des Vorortes und des Verwaltungsrathes eingeladen und von diesem gehört werden und ist verpflichtet, auf dessen Verlangen Gutachten zu erstatten.“ Hiernach wird zu den Neuwahlen des Vorortes und des Verwaltungsrathes geschritten und zwar nach Maßnahme der neuen Satzungen. Weimar wird mit Stimmenmehrheit zum Vorort der Schillerstiftung für das nächste Lustum gewählt. Zu den nächsten Verwaltungsrath werden Wien, Berlin, Dresden und Köln mit absoluter Mehrheit gewählt. Nachdem die Versammlung dem Präsidenten und dem scheidenden Verwaltungsrath gedankt, schließt der Präsident die diesmalige Generalversammlung der Schillerstiftung.

**Schweiz.** Am 15. fanden sich 180 Polen aus verschiede-  
nen Theilen der Schweiz in Buchwyl bei Solothurn zusam-  
men, um den Todestag Kociuszko's zu feiern. Dem Festzuge  
mit der polnischen National-Flagge und der Solothurner Mu-  
sik schlossen sich die Mitglieder der Solothurnischen Regie-  
rung und der Stadtkörbe und viele Polenfreunde an; auch  
Polinnen und Schweizerinnen nahmen an der Feier Theil.  
In der Kirche vollzogen fünf polnische Priester Hochamt und  
Messe. Bei dem Festmahl wurden von Polen und Schweiz-  
ern feurige Toaste ausgebracht. Ein polnischer Knabe von  
13 Jahren, der sich durch seinen Heldennuth ausgezeichnet  
und den Rang eines Lieutenants errungen hatte, wurde her-  
vorgehoben und emporgehoben. Eine schweizerische Frau nahm  
einen goldenen Ring von ihrer Hand und schenkte ihn dem  
Knaben mit den Worten: Noch ist Polen nicht verloren!  
Bern. 21. October.

Bern, 21. October. Dem Bundesrath ist die amtliche Anzeige gemacht, daß die Untersuchung über die Genfer Verfälle vom 22. August geschlossen und die Acten dem General-Prokurator zugestellt seien. Zugleich ist der Anklagekammer der Bericht des Untersuchungsrichters zugestellt. Die Untersuchungsbecken umfassen mehr als 1000 Seiten und sind etwa 600 Personen vernommen. Acht der Angeklagten, darunter James Fazy, werden vor die Geschwornen gestellt. Nach der „Nation suisse“ werden die Angeklagten von den hervorragenden Advocaten der radicalen Partei in der französischen Schweiz vor den Bundes-Rjssen vertheidigt werden. Die Geschwornen werden dem ersten Affisen-Districte, der aus den Cantonen Genf, Waadt, Neuenburg und den französischen Theilen von Freiburg, Bern und Wallis besteht, entnommen werden.

**England.** London, 21. Oct. (R. Z.) Vor nicht langer Zeit hatte ich einige Andeutungen über die jüngere Schule von englischen Politikern gemacht, welche nur den Tod Lord Palmerstons abwarten, um mit vielen politischen Traditionen zu brechen, die in Palmerston, Russell, Stratford de Redcliffe und anderen unserer ergrauten Staatsmänner verkörpert sind. Ich erwähnte dazumal, daß diese jüngere Schule, welche früher oder später aus Ruher kommen wird, das Dogma von der Nothwendigkeit des ottomanischen Reiches in Europa durchaus nicht so unbedingt anerkenne, wie dies bisher seit Pitt und Canning von unseren Staatsmännern geschehen ist, und unter diesen jungen Zukunfts-Politikern hatte ich auch Lord Stanley genannt. Daß ich dies mit gu-

tem Rechte gethan, beweist die Rede, die er vor seinen Wählern vorgestern gehalten hat. In ihr sagte er es offen heraus, daß England zukünftig sich nicht berufen fühlen wird, die türkische Herrschaft in Europa mit Gut und Blut zusammengeleimt zu erhalten. Auch über andere große Fragen sprach Lord Stanley durchaus nicht, wie Lord Derby's Erstgeborner, in Manchem, so namentlich in Bezug auf die Zukunft Deutschlands, stellte er sich auf revolutionaire Basis. Die Conservativen sind in furchtbarer Verlegenheit wegen dieser Rede. Wohl wußten sie längst, daß der Sohn ihres Hefis nur dem Namen nach zu ihnen, in Wirklichkeit aber den Gegnern angehöre, doch das hatten sie nicht von ihm erwartet, daß er offen gegen sie Partei ergreifen werde. Seine Äußerungen über die Schlottrigkeit der kleinen deutschen Bundesländer, über die Türkei und alle Welt würden sie ihm noch gern verzeihen, aber daß er die Aufhebung der Malzsteuer für unzeitgemäß hält, ist in ihren Augen ein offener Treubruch und daß er sich mit der auswärtigen und finanziellen Politik des gegenwärtigen Ministeriums fast ganz ohne Vorbehalt einverstanden erklärt, in Verrath an der Partei, wie seines Gleichen nicht vorgekommen ist.

**Polen.** Von der polnischen Grenze, 23. Decbr. (Diss. 3.) Die in Newyork erscheinende polnische Zeitschrift „Echo z Polski“ berichtet über eine am 9. v. M. in Newyork stattgehabte Verbrüderungsfeier der in den Vereinigten Staaten lebenden Polen und Czechen, deren Gesamtzahl auf 100,000 angegeben wird, und die sich im Namen der Freiheit, Brüderlichkeit und Bildung zu einer slawischen Liga verbunden haben. Der Pole Zaworowski hielt bei dieser Feier eine Rede über die Bedeutung dieser Liga, in der er u. A. sagte: „Nur in der festen und starken Verbindung aller slawischen Stämme liegt das Heil des Slawenthums und seine Errettung von der russischen Uebermacht und vom Germanismus, und die heutige Feier ist der Eckstein dieser Verbindung nicht bloß in Amerika, sondern auch in Europa.“ Die Festgenossen zogen in geordneten Reihen vor das Rathhaus, wo Herr Zaworowski an den Mayor von Newyork eine Ansprache richtete, in der er u. A. sagte: „Bis die Zeit kommt, wo die polnischen und czechischen Banner siegreich auf den Mauern von Warschau und Prag wehen, bitten die unglücklichen Söhne beider Nationen die hochherzige Republik der Vereinigten Staaten um ein Asyl und um Schutz im Namen der Rechte der Freiheit, die unlängst durch Auslieferung eines der in den Reihen der Republik der Vereinigten Staaten kämpfenden Polen so schwer verletzt worden sind.“ — Der ehemalige Insurgenten-Chef Boffat (Gr. Fauda) befindet sich gegenwärtig in Turin, wo er mit Garibaldi und dem General Turr eine Zusammenkunft gehabt hat.

**Vereinstag der deutschen Arbeitervereine.**

Leipzig, 23. Oct. (Ref. Sonntag Vormittag wurden in dem prachtvollen Saale des Schützenhauses die Sitzungen durch den Vorsitzenden des Local-Comités eröffnet. Nachher hielt der erste Bürgermeister der Stadt, Dr. Koch, die Begrüßungsrede, der wir Folgendes entnehmen: „Sie haben sich hier vereint, um die Verhältnisse des größten Bruchtheils der Bevölkerung aller Staaten, des Arbeiterstandes, zu heben und zu verbessern und um die durch die Förderung dieser großen socialen Frage hervorgerufene Bewegung in geordneten und gefesselten Bahnen zu lenken und zu erhalten. Um aber dieses hohe Ziel zu erreichen, bedarf es nach meiner Auffassung vor Allem unabweisbar, daß der Arbeiterstand die volle innere Selbstständigkeit gewinne, welche Andere bereits zu besitzen sich rühmen. Bei dem Ueberblick Ihrer Tagesordnung wird und muß der unbefangene, ruhige und wohlmeinende Beobachter die Ueberzeugung gewinnen, daß Sie die rechten Wege eingeschlagen haben, ja, daß Sie von Ihrer Tagesordnung die Verathung der Irrlehren ausgeschlossen haben. Ich nehme nicht Anstand, hier die Ueberzeugung auszusprechen, daß diejenigen, welche Sie auf fremde Unterstützung verweisen, Ihnen, wenn auch in bester Meinung, doch eine Irrlehre predigen. Es ist noch Keinem, welcher derselben anhangen, möglich gewesen, die Grenzen genau zu bezeichnen, innerhalb welcher diese Hilfe zu beginnen und aufzuhören hätte, noch Keiner hat den Beweis führen können, daß mit der Annahme dieser Hilfe der Arbeiterstand nicht Einflüsse an seiner Selbstständigkeit erlitten hätte. Der Arbeiterstand muß ganz auf eigenen Füßen stehen, wenn er ebenbürtig sich einreihen will in die bestehenden Klassen unserer socialen Bevölkerung, ebenbürtig in Rechten, wie in Pflichten. Es wird Ihnen vorbehalten sein, in der socialen Welt eine Lücke auszufüllen, durch Schöpfung einer neuen Aristokratie, der Aristokratie der Arbeiter. Dieser Aristokratie darf der Einfluß auf das öffentliche Leben nicht fehlen, wie er keinem Ausgezeichneten fehlt. Aber dieses hohe Ziel ist nicht im raschen Fluge zu erhaschen, nicht mit leeren Worten oder hohlen Pfaffen, sondern nur mit schwerer, längerer und ernster Arbeit.“ (Bravo!) — Der Vorsitzende des Ausschusses, Hr. Sonnemann aus Frankfurt a. M., hebt hervor, wie wohlthuend es sei, daß gerade von dieser Seite das aufgestellte Programm so richtig gewürdigt worden. Die Arbeiterfrage habe im abgelaufenen Jahre die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich gezogen. Aber obwohl auch die Männer der Wissenschaft sich vielfach dabei betheiligt, so werde der Gegenstand doch nur wenig gefördert werden, wenn nicht auch die Arbeitgeber lebhafter als bisher dafür interessirt werden können. Die Hauptaufgabe würde sein, den gemeinsamen Feind, die Coalition des Junkertums in Verbindung mit den neuesten Ausläufen des Socialismus, deren Prinzip: Theile und herrsche sei, zu bekämpfen, um endlich die erste Aufgabe zu lösen und ein



